



Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

Klimawandel erfordert Investitionen

Während ich dies schreibe, schwitzt Deutschland in einer Hitzewelle. Der Klimawandel zeigt sich auf der ganzen Welt immer deutlicher. Jeden Hitzesommer sterben immer mehr Menschen an den Folgen der hohen Temperaturen. Besonders belastet und gefährdet sind alte, pflegebedürftige oder chronisch kranken Menschen, aber auch Kleinkinder. Und auch die Pflegenden selbst leiden unter den hohen Temperaturen. Auf sehr hohe Temperaturen sind wir allgemein – aber insbesondere in den Pflegeeinrichtungen und auch Krankenhäusern kaum vorbereitet. Das verlangt große Sorgfalt bei den Verantwortlichen, die unter gegebenen Bedingungen eine möglichst gute Unterstützung und Schutz bieten müssen. Das allein reicht aber nicht. Benötigt werden gezielte staatliche Investitionen in Pflegeheimen, um dort durch Gebäudeanpassungen Räume so auszustatten, dass sie bei hohen Temperaturen Schutz bieten. Seit 2017 sollen die Bundesländer Hitzeaktionspläne erstellen. Da ist bisher aber kaum etwas geschehen.

Und auch nach dem Sommer wird uns COVID-19 weiter begleiten. Deshalb noch ein Appell an die Maskenmuffel: Bitte denken Sie an die durch das Corona-Virus besonders gefährdeten Menschen. Sie haben ein Recht auf Schutz vor Ansteckung und das ist ein höheres Gut als die Selbstverwirklichung durch Maskenverweigerung. Denken Sie auch daran, dass ein deutlicher Anstieg an Fällen eine hohe Belastung u.a. für die Pflegenden darstellt. Da ist eine Maske zu tragen das kleinste Übel. Also tragen Sie bitte eine Mund-Nasen-Maske, halten Sie Abstand und waschen Sie sich häufig die Hände. Das ist mehr wert als Applaus auf dem Balkon.

Dr. h.c. Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Pflege einfach machen.

IM FOKUS

NRW bekommt eine Pflegekammer

Dies ist ein großer Tag für die Profession Pflege in NRW. Der Landtag in NRW hat für die Gründung einer Pflegekammer gestimmt. Das Land Nordrhein-Westfalen geht somit zusammen mit Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, in denen Pflegekammern bereits fest installiert sind, den wichtigsten aller Schritte für eine zukunftsweisende Beteiligung der Pflegeberufe im Pflege- und Gesundheitswesen.

Unsere Gesellschaft steht in der Pflege vor gewaltigen Herausforderungen. Die Profession Pflege hat hier eine besondere, entscheidende Verantwortung. Es ist daher gut und richtig, die pflegerische Perspektive künftig mit Hilfe einer Pflegekammer in die Gestaltung des Pflege- und Gesundheitswesens mit einzubeziehen. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag, um eine gute pflegerische Versorgung auf Dauer zu sichern.

Die Profession Pflege hat in der Bewältigung der ersten Phase der Corona-Pandemie gezeigt, dass sie die ihr übertragene Verantwortung annehmen kann und dieser auch nachkommt.

Der Deutsche Pflegerat dankt der Regierungskoalition im Landtag von Nordrhein-Westfalen, insbesondere auch dem nordrhein-westfälischen Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann, dass sie ihr Versprechen gehalten haben und die Pflegekammer nun zügig errichtet wird.

Christine Vogler
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)

Verbände schließen sich zusammen

Strategieplan zur Digitalisierung

Digitale Lösungen bieten ein großes Potenzial bei der Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels im Pflegebereich: Vom steigenden Bedarf an Pflegedienstleistungen bis hin zum Fachkräftemangel. Jetzt gründete sich ein Bündnis zur Digitalisierung.

Um die Entwicklung digitaler Lösungen voranzutreiben, hat sich ein Verbändebündnis zur „Digitalisierung in der Pflege“ gegründet. Getragen wird das Bündnis vom Bundesverband Gesundheits-IT (bvitg), dem Deutschen Evangelischen Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP), dem Deutschen Pflegerat (DPR), dem Fachverband Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung (FINSOZ), dem Verband für Digitalisierung der Sozialwirtschaft (vediso) und dem Verband der diakonischen Dienstgeber Deutschland (VdDD).

Koordinierter Ansatz

Das Bündnis hat die zentralen Handlungsfelder in einem gemeinsamen

Grundsatzpapier zusammengefasst und spricht sich für einen koordinierten Ansatz bei der Digitalisierung der Pflege aus. Zentrales Ziel muss die Erarbeitung eines nationalen Strategieplans sein, ist man sich einig. Vorgeschlagen wird ein Kompetenzzentrum analog zum Health Innovation Hub (hih) des Bundesgesundheitsministeriums sowie ein interdisziplinäres Expertengremium, das aufbauend auf einer Erhebung des Digitalisierungsgrads verbindliche Standards und Leitlinien erarbeitet.

Gefordert wird ein entschlossener Ausbau der zugrundeliegenden Infrastruktur: vom Breitbandausbau über ein Mobilfunknetz, mindestens im 4G-Standard, bis hin zur technischen Ausstattung in den Einrichtungen selbst.

Um mehr Anreize für Innovationen zu schaffen, schlagen die Verbände darüber hinaus die Einrichtung eines zentralen Innovationsfonds für digitale Innovationen in der Pflege vor. Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei auf Telemedizin und Telepflege und Smart-Home-care-Lösungen liegen.

Refinanzierung von Investitionen und personellen Ressourcen

Die Digitalisierung der Pflege wird aus Sicht des Bündnisses nur dann an Fahrt aufnehmen, wenn die gesetzlichen Regelungen zur Refinanzierung der Pflegeeinrichtungen angepasst bzw. ergänzt werden. In angemessenem Umfang zu refinanzieren sind demnach Investitionen in die digitale Infrastruktur, die aus der Digitalisierung resultierenden Betriebskosten sowie vor allem die personellen Ressourcen, die nötig sind, um die Potenziale der Digitalisierung auch tatsächlich zu heben.

Für einen langfristigen Erfolg der Digitalisierung betonen die Verbände die zentrale Rolle der Akzeptanz und damit eine durchgehende Einbindung aller an der Pflegeversorgung Beteiligten. Daher muss aus Sicht des Bündnisses der Aufbau digitaler Kompetenzen stärker als bisher in die pflegerischen Ausbildungs-Curricula integriert und auch später durch regelmäßige Fort- und Weiterbildungen befördert werden.

Darüber hinaus seien ganz neue Tätigkeitsprofile und Berufsbilder denkbar – etwa in Form eines „Pflege-Digital-Begleiters“ als Vermittler zwischen Pflegenden und IT. Die Möglichkeiten einer Aus-, Fort- bzw. Weiterbildung mit Hilfe digitaler Methoden sollten bei all diesen Maßnahmen konsequent mitgedacht werden.



Zentrales Ziel muss die Erarbeitung eines nationalen Strategieplans zur Digitalisierung sein.

deutscher-pflegerat.de

NEWS

DEGEA ist neues Mitglied des Deutschen Pflegerats

Die Deutsche Gesellschaft für Endoskopiefachberufe e.V. (DEGEA) wurde als 16. Mitglied des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR) aufgenommen. „Mit der DEGEA gewinnen wir ein Mitglied aus dem Bereich der sogenannten Funktionspflege, welches das Vertretungsmandat des DPR für das gesamte Berufsfeld Pflege stärkt“, sagte hierzu DPR-Präsident Franz Wagner. „Es ist der DEGEA ein großes Anliegen im DPR mitzuarbeiten, um die wichtigen Themen der Funktionsdienste und speziell der Endoskopie in den politischen und berufsfachlichen Gremien hörbar und nachhaltig zu vertreten“, betont Ulrike Beilenhoff, 1. Vorsitzende der DEGEA.

Pflege in der EU zum Thema machen

Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) sieht die EU-Ratspräsidentschaft von Deutschland als eine große Chance für europaweite Verbesserungen im Gesundheitswesen, hier insbesondere für die pflegerische Versorgung der europäischen Bevölkerung. „Die Bewältigung der Corona-Krise hat im Gesundheitswesen wie auch im Pflegesystem europaweit Schwachstellen offengelegt, die jetzt analysiert und behoben werden müssen“, darauf hat Irene Maier, Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), hingewiesen. „Europa muss daraus seine Lehren ziehen. Nur so können wir die Pflege für die Zukunft besser vorbereiten und damit die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung europaweit sichern. Deutschland muss die Pflege in der EU zum Thema machen.“

Pflegepersonaluntergrenzen gelten (fast) wieder

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Pflegepersonaluntergrenzen (PPUG) in Krankenhäusern vorübergehend außer Kraft gesetzt. Da die Krankenhäuser ab Mitte Mai schrittweise in den Regelbetrieb zurückkehren, wurden ab dem 1. August 2020 die PPUG zunächst für die Bereiche Intensivmedizin und Geriatrie wieder in Kraft gesetzt, heißt es aus dem Bundesgesundheitsministerium. Hierzu

äußerte sich der Präsident des Deutschen Pflegerats, Franz Wagner: „Die Aussetzung der Pflegepersonaluntergrenzen geschah aus Sicht des Deutschen Pflegerats ohne Not. Die Wiedereinsetzung für lediglich zwei Bereiche ist gleichfalls nicht nachvollziehbar. Wir weisen deutlich darauf hin, dass Pflegepersonaluntergrenzen als Bezugsgröße ein Personalbemessungsverfahren benötigen, das sich an Versorgungsbedarfen orientiert. Ein solches fehlt nach wie vor. Der Deutsche Pflegerat, die Deutsche Krankenhaus-Gesellschaft und die Gewerkschaft ver.di haben bereits im Januar 2020 dem Bundesgesundheitsministerium gemeinsam einen Vorschlag für ein sinnvolles und nachvollziehbares Personalbemessungsverfahren vorgelegt. Eine Rückmeldung dazu steht nach wie vor aus und ist dringend geboten.“

Klare Vorgaben für eine bessere Pflege

Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats e.V., beantwortet in der Video-Interviewreihe „Austauschen“ mit dem Pflegenetzwerk Deutschland wichtige Fragen der Netzwerkteilnehmer zur Pflege. Die Antworten sind auf dem Portal www.pflegenetzwerk-deutschland.de (Rubrik „Austauschen“) abrufbar. Dabei ging es u.a. um die Frage: „Wann ist mit einer besseren Personalausstattung in den Heimen zu rechnen? Franz Wagner: „Wir machen Druck, dass die Neuregelung schnell umgesetzt wird“. Für den Krankenhausbereich fordert er eine „vernünftige Personalbemessung“, „Marktwirtschaftliche Aspekte dürfe nicht die Maßgabe sein“, machte Wagner auf die Frage, warum bessere Arbeitsbedingungen und Wertschätzung nicht ermöglicht werden, deutlich. Angesichts des Fachkräftemangels „nicht nachvollziehbar“ ist für ihn, dass die Vergütung der Arbeit in den Einrichtungen so unterschiedlich ist. „Mehr Personal, gerechtere Gehälter und eine bessere Organisation“ sind für Wagner konkrete Maßnahmen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Auch hierzu wurde nachgefragt. Optimistisch ist er, dass ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag für die Altenpflege kommt. Zur Stärkung der Profession Pflege, so Wagner in einem weiteren Video, setzt er „auf mitgliedstarke Pflegekam-

mern“. Das Pflegenetzwerk Deutschland ist eine bundesweite Plattform für die Vernetzung und den Austausch von Menschen, die in der Pflege und für die Pflege arbeiten. Initiiert wurde das Pflegenetzwerk durch das Bundesministerium für Gesundheit.

Pflegegehälter immer noch unterdurchschnittlich

Im Durchschnitt verdienen vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in Deutschland 3.994 € brutto pro Monat im Jahr 2019. Laut Entgeltatlas der Bundesagentur für Arbeit sind die Gehälter in der Pflegebranche mittlerweile gestiegen. Dennoch liegen sie immer noch unter dem Durchschnittsgehalt.

Zwischen den Pflegefachberufen klafft auch je nach Beschäftigungsfeld nach wie vor eine Lücke. So verdienen Pflegefachpersonen in der Altenpflege immer noch deutlich weniger als Gesundheits- und Krankenpfleger. Laut aktueller Verlautbarung der Bundesagentur für Arbeit betrug das mittlere Entgelt für Altenpfleger im Jahr 2019 in Deutschland 3.032 €, das für Gesundheits- und Krankenpflegende 3.547 €.

Nicht zu unterschlagen sind aber auch hier die regionalen Unterschiede, wie folgende Zahlen anhand des Entgeltatlas zeigen. Altenpfleger verdienen beispielsweise in Schleswig-Holstein 2.964 €, in Hamburg 3.205 € und in Nordrhein-Westfalen 3.134 €. Gesundheits- und Krankenpflegende bekommen in Schleswig-Holstein 3.550 €, in Hamburg 3.564 € und in Nordrhein-Westfalen 3.667 €.

Die Gehaltsentwicklung in den Pflegefachberufen weist lediglich in die richtige Richtung bei einem weiterhin konstant niedrigen Niveau, sagte Martin Dichter, Vorsitzender des DBfK Nordwest. Die aktuellen Zahlen zeigen auf, wie weit der Weg für Arbeitgeber und Gewerkschaften noch ist, um die Gehälter in den Mangelberufen der Pflege auf das Durchschnittsniveau aller Gehälter in Deutschland anzuheben.

AUSBILDUNG

„Mach Karriere als Mensch!“

Die Bewältigung der Corona-Pandemie stehe nach wie vor im Mittelpunkt der Arbeit in der Pflege. Gleichzeitig sei dadurch die Aufmerksamkeit auf das Berufsfeld Pflege verstärkt worden, betont das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Mit der Kampagne „Mach Karriere als Mensch!“ unterstützt das BMFSFJ die Pflege, potentielle Bewerberinnen und Bewerber für eine Ausbildung in der Pflege zu gewinnen. So habe das Ministerium anlässlich des „Internationalen Tags der Pflegenden“ am 12. Mai 2020 die Themenwoche Pflegeausbildung gestartet. Die Woche ermöglichte Interessierten einen Blick auf verschiedene Aspekte der Ausbildung. Mit Videoformaten wie „Wann, wenn nicht jetzt“ und „Blick in das virtuelle Klassenzimmer einer Pflegeschule“ wurden potentielle Bewerberinnen und Bewerber angeregt, sich mit der Möglichkeit einer Ausbildung in der Pflege auseinanderzusetzen.

In den sozialen Medien konnten mit der Themenwoche, so das BMFSFJ, insgesamt mehr als vier Millionen Nutzerinnen und Nutzer erreicht werden. Um die neue Ausbildung mit der Kampagne dauerhaft erfolgreich zu bewerben, wird in den sozialen Medien ein kontinuierliches „Grundrauschen“ erzeugt. Hierfür werden Motive (Sharepics) und Kurzvideos zu verschiedenen Themen und Anlässen im Jahresverlauf entwickelt und ausgespielt. Auf der Seite www.pflegeausbildung.net sind viele Infos und Materialien für die eigene Social-Media-Arbeit abrufbar.

pflegeausbildung.net

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Mehr Engagement, Begleitung und Beratung

Auf dem Weg: Nationale Demenzstrategie

Das Bundeskabinett hat die Nationale Demenzstrategie beschlossen. Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) hat an deren Entwicklung mitgewirkt und wird sich auch an deren Umsetzung wesentlich beteiligen.

Vom Bundeskabinett wurde am 1. Juli 2020 die Nationale Demenzstrategie verabschiedet. Mit der Hilfe eines breiten Bündnisses unter Beteiligung des Deutschen Pflegerats soll Deutschland demenzfreundlicher werden. Dazu wird im September offiziell der Startschuss gegeben, dann beginnt die konkrete Umsetzung, 2026 soll Bilanz gezogen werden.

Versorgung weiterentwickeln

Die medizinische und pflegerische Versorgung von Menschen mit Demenz weiterzuentwickeln ist für den DPR und dessen Präsident Franz Wagner einer der wesentlichsten Punkte in der Nationalen Demenzstrategie. Wagner: „Die ambulante und stationäre Pflege sowie die Kurzzeit- und Krankenhauspflege müssen mit Blick auf das Thema Demenz gefördert werden. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff muss endlich in der pflegerischen Versorgung und beim Leistungsangebot ankommen. Benötigt werden mehr Schulungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Pflege zum Thema ‚Demenz und Lebensende‘. Wir brauchen mehr demenzspezifische Qualifikationen von Pflege- und Betreuungskräften und Unterstützung dieser, in allen pflegerischen Settings. Benötigt wird eine bessere Koordinierung, Zusammenarbeit und Gestaltung der pflegerischen Versorgung bei Demenz.“

Die Nationale Demenzstrategie ist bundesweit ausgerichtet partnerschaftlich verankert und langfristig angelegt. Es wurden 27 Ziele formuliert und insgesamt ca. 160 Maßnahmen vereinbart.

Schnittstellenmanagement optimieren

Dazu gehören vor-Ort-Netzwerke zur Beratung und Unterstützung, Netzwerke zur pflegerischen Versorgung, mehr Aufmerksamkeit für Demenz – u.a. durch eine bundesweite Kampagne und mehr Engagement, Begleitung und Beratung nach Diagnose einer Demenzerkrankung, Netzwerke „Pflege und Beruf“, Gesundheitsförderung für pflegende Angehörige, abgestimmte Abläufe in der Versorgung: Wenn jemand an Demenz erkrankt, müssen alle Versorgungs- und Unterstützungsbereiche ineinandergreifen. Ärzteschaft, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und weitere Beteiligte müssen ihre Zusammenarbeit in einem „Versorgungspfad“ klarer beschreiben und das Schnittstellenmanagement optimieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind demenzsensible Krankenhäuser: Eine demenzsensible Gestaltung der Arbeitsprozesse und qualifiziertes Personal erleichtern unvermeidbare Krankenhausaufenthalte für demenzerkrankte Patientinnen und Patienten. Deren Bedürfnisse sollen bei der räumlichen Gestaltung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen einfließen.

Letztlich geht es auch um die Forschung zur Demenz: Forschung kann sowohl das Verständnis für die Ursachen von demenziellen Erkrankungen als auch die Behandlung und Versorgung verbessern.

nationale-demenzstrategie.de